

Zu Gast bei Gesine Löttsch:
Shi Mingde, Botschafter der VR China,
4. April, 18 Uhr, HTW, Treskowallee 8



DIE LINKE wünschte allen Freundinnen, Kolleginnen, Müttern, Töchtern, Schwestern, Großmüttern, Liebhaberinnen, Nachbarinnen, Schönheitsköniginnen, Gegnerinnen, Revolutionärinnen, Mädchen und Diven das Beste zum Internationalen Frauentag! Am Vorabend des 8. März war Gesine Löttsch gemeinsam mit anderen vor dem Brandenburger Tor. 700 lila Luftballons stiegen in den Himmel. Und am 8. März wurden Rosen verteilt.

Mitmachen und mitdenken

Seit Ende Februar liegt der erste Entwurf des Wahlprogramms der Partei DIE LINKE für die Bundestagswahlen vor. Dieser Entwurf, so Bundeswahlkampfleiter Matthias Höhn, ist ein donnernder Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Gerechtigkeit bedeute, so Höhn, „nicht nur, dass jeder einen Apfel pflücken darf, sondern dass der Zwerg eine Leiter bekommt. Allerdings brauchen wir in unserem Land viele Leitern: in der Bildung, bei Mieten und Stromkosten, Leitern bei Löhnen und Gehältern, bei Steuern und Leitern für Erwerbslose und Rentnerinnen und Rentner.“

Das ist eine riesige Herausforderung, und dafür braucht es auch ein nicht nur riesiges, sondern auch qualitativvolles Wahlprogramm. Der Entwurf hat 88 Seiten, zu finden ist er im Internet unter www.die-linke.de durch Klick auf die Infobox „Das beste Wahlprogramm aller Zeiten“.

Der Programmentwurf wird im März in Diskussionsveranstaltungen und Regionalkonferenzen vorgestellt und dann in modi-

fizierter Form Mitte April als Leitantrag an den Bundesparteitag (14.–16. Juni 2013 in Dresden) öffentlich gemacht. Bis zum 30. Mai können die Mitglieder der LINKEN Änderungsanträge zum Leitantrag stellen.

Doch Vorschläge zur weiteren Verbesserung des Programmentwurfs können von allen, die ein Interesse an der Partei DIE LINKE haben, ab sofort eingebracht werden.

Dazu bieten sich an:

- Eine **Online-Diskussionsplattform** unter www.parteidebatte.die-linke.de. Hier kann man mitdiskutieren und gemeinsam mit anderen an Vorschlägen für das Wahlprogramm arbeiten.

- **Schriftliche Vorschläge:** Sie können geschickt werden per Mail an wahlprogrammdebatte@die-linke.de, per Fax an 24 009 310 oder per Post an DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin. Unter www.linksaktiv2013.de können alle, die sich im Wahlkampf für DIE LINKE engagieren wollen, ihren Willen zum Mitmachen kundtun. E. B.

Wichtiges Signal

Von Michael Grunst, Bezirksvorsitzender der LINKEN. Lichtenberg

Die Landesvertreterversammlung wählte Gregor Gysi mit über 94 Prozent zum Berliner Spitzenkandidaten der LINKEN im Bundestagswahljahr 2013. Das ist gut, und es ist ein wichtiges Signal für die Partei und für die im Herbst anstehende Wahl des Deutschen Bundestages. Gregor Gysi steht glaubwürdig für gute Löhne, sozialen Fortschritt, Frieden und Rentengerechtigkeit. Mit seiner Person und seinen politischen Inhalten identifizieren sich viele Genossinnen und Genossen, er genießt Achtung und Akzeptanz auch in anderen politischen Lagern.

Pünktlich zu den Bundestagswahlen 2013 – wie auch schon in den Jahren 1998, 2002, 2005, 2009 – wird gegen Gregor Gysi eine Medienkampagne wegen angeblicher Arbeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR initiiert. Jedes Mal hat er seine Position zu den Vorwürfen dargelegt und die Behauptungen als Falschaussage zurückgewiesen.

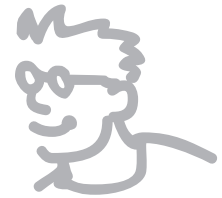
Es ist die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz des LINKEN-Politikers Gregor Gysi, die seine Gegner stört. Er thematisiert streitbar deren Sozial- und Demokratieabbau, den weltweiten Einsatz der Bundeswehr, die Umverteilung von unten nach oben. Sie wollen ihn weghaben.

Das aber werden wir nicht zulassen. Gregor Gysi genießt die Unterstützung der gesamten Partei. Viele Bürgerinnen und Bürger bekundeten ihm ihre Solidarität. Und sie können sich sicher sein: DIE LINKE wird auch 2013 mit ihrem Spitzenkandidaten Gregor Gysi für eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit im Deutschen Bundestag streiten.

Studienreise nach Italien zu gewinnen

Wir suchen Jugendliche, die sich engagiert und kreativ gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zeigen.

Infos zur Studienreise nach Italien im Juni unter www.zivilcourage-vereint.de



Eine Kümmerin schon seit eh und jeh

Wegen seiner nach Sanierung unerschwinglichen Wohnung musste der „SGB-II-Jobcenter-Kunde Nr. 00074134“ (der Name ist der Redaktion bekannt) in eine mit 13 Euro über den „zulässigen“ Unterkunfts-kosten liegende Ein-Raum-Wohnung umziehen. „Bei dem monatelangen Ringen um Unterstützung“, so der krankheitsbedingt nur eingeschränkt Arbeitsfähige, „hilft mir Evelin Pakosta sehr.“ Sie ist Bürgerdeputierte der Partei DIE LINKE in der BVV Lichtenberg und aktiv in der AG Soziales, Mieterinteressen und Behinderung.



Evelin Pakosta ist seit vielen Jahren Ansprechpartnerin für alle

Nicht unterkriegen lassen!

„Das kann auch diesmal dauern und muss nicht erfolgreich sein“, schätzt Evelin Pakosta ein. Sie stützt sich dabei auf fast ein Vierteljahrhundert Berufserfahrung beim Arbeitsamt und in diversen ehrenamtlichen Beratungsgremien: „Niemand darf sich unterkriegen lassen!“

Mit diesem Credo steht sie auch seit fast zehn Jahren jeden Donnerstagnachmittag im Nachbarschaftsraum des Vereins Kiezspinne FAS e. V. bereit. „Ich weiß beim besten Willen nicht mehr“, so die unermüdete Sozialaktivistin, „wie viele Anträge an verschiedenste Ämter ich schon ausgefüllt, wie viele Telefonate mit JobCentern, Wohnungsgesellschaften, Gas- oder Energieversorgern, Banken, Versicherungen, Inkassounternehmen, Schuldnerberatungen ich geführt habe. Meistens war den sozial bedürftigen Menschen ein Stück weit aus finanziellen

Nöten oder scheinbar aussichtslosen Situationen zu helfen.“

Auch als Rentnerin möchte sie ihre Erfahrungen nicht nur für sich behalten. „Einerseits entlaste ich damit die Kollegen, indem ordentliche Unterlagen zur Bearbeitung eines Antrages beigebracht werden und andererseits helfe ich den Bürgern, sich in dem Behördenschlingel zurechtzufinden. Manchmal ist es mir sogar gelungen, den einen oder anderen Ratsuchenden zu überzeugen, selbst ehrenamtlich tätig zu sein.“

Als die damals 45-jährige Ingenieurökonomin 1995 mit dem Mandat der PDS in die BVV einzog, wusste sie zwar schon, dass sie „die Arbeitslosigkeit in dieser Gesellschaft nicht beseitigen kann“, aber sie wollte und will weiterhin „dazu beitragen, dass die daraus entstehenden Probleme und Spannungen sich verringern“. Sie machte Front gegen Hartz IV, für das Sozialticket, gegen das Erstarken der Nazis.

Fürsorgerin des Humanismus

„Es liegt in ihrem Naturell, dass sie die Geschicke anderer Menschen nicht gleichgültig lassen. Diese Empathie verbindet sie mit politischem Handeln.“ So heißt es in der Begründung für die Verleihung des Frieda-Rosenthal-Preises 2012 an Evelin Pakosta. Und in der Tat: Mit ihr ist eine besondere Lichtenberger Traditionsbewahrerin der Berliner Kommunalpolitikerin und antifaschistischen Widerstandskämpferin Frieda Rosenthal (1891 – 1936) ausgewählt worden.

Als Schatzmeisterin der Lichtenberger Gruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten verwaltet Evelin Pakosta nicht nur deren finanzielle Ressourcen. Sie schützt und vermehrt gewissermaßen auch die ideellen Schätze Frieda Rosenthals, die auch als ausgebildete Fürsorgerin in der Gemeinde Lichtenberg tätig war.

Interessenreichweite

Evelin Pakostas Engagement hat aber weit über die soziale Beratung hinaus soziokulturelle, demokratiefördernde, gesellschaftliche Reichweite. Gesellschaftliche Höhepunkte wie der monatliche „Besondere Freitag“ im Nachbarschaftsraum „Kiezspinne“, für die sie ihre weit gefächerte Interessen- und Fähigkeitspalette einsetzt, lesen sich inzwischen wie ein Solidaritäts-Prominenten-Portal „Who is Who“ in Berlin. Es reicht von Marianne Buggenhagen über Gregor Gysi und Walter Momper bis hin zu Heinz-Florian Oertel.

Joachim Pampel

KOMMENTIERT

Ziemlich beste Freunde

Am Ende hatten sie nur Freunde in der BVV, die Initiatoren des Einwohnerantrags, mit dem – initiiert von den vier Kiezaktiven in Neu-Hohenschönhausen – mehr als die notwendigen 1 000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner eine gleichberechtigte Beteiligung der Einwohnerschaft an einer ergebnisoffenen Planung für das vorgesehene Neu-Hohenschönhauser Stadtteilzentrum an der Wartenberger Straße forderten.

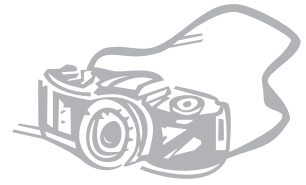
Die jetzige Planung sieht vor allem großflächigen Einzelhandel vor, obwohl im Umkreis von einem Kilometer bereits fünf intakte Zentren existieren und vier weitere der Revitalisierung harren.

Statt eines weiteren großflächigen Einzelhandels wollen die Menschen ein Zentrum, das ihren sozialen, kulturellen und sportlichen Bedürfnissen entspricht. Daran, so Bezirksstadtrat Nünthel (CDU), hat aber kein Investor Interesse, weil damit kein Geld zu verdienen ist.

Wir brauchen aber kein Stadtteilzentrum für Investoren, sondern eines für die Einwohnerinnen und Einwohner, mit dem sie sich identifizieren können, meinte Marko Frenzel (Kiezaktiv Mühlengrund) in einer Rede vor der BVV. Er schlug vor, das Stadtteilzentrum zum Wettbewerbsprojekt für die Internationale Bauausstellung 2020 zu entwickeln.

Angesichts des erfolgreichen Einwohnerantrags gaben sich SPD und CDU wie ziemlich beste Freunde der Kiezaktive. Wie sie sich freuten, dass der erste erfolgreiche Berliner Einwohnerantrag in Lichtenberg zustande gekommen ist. Und dass sie selbstverständlich dessen Inhalt respektieren.

Dabei hatten sie gerade noch dessen Initiatoren wie Störenfriede behandelt, deren Anliegen immer wieder in Frage gestellt, und die Unterzeichner aus ihren Fraktionen gezwungen, ihre Unterschriften zurückzuziehen. Ziemlich beste Freunde sehen anders aus. Die Bundestagswahlen lassen grüßen. Deshalb ist es richtig, dass nun die Kiezaktive mit der Einwohnerschaft ihre nächsten Schritte festsetzen. Nur wenn sie Druck machen, kann erreicht werden, dass Bürgerbeteiligung keine formale, sondern eine reale wird. Dr. Peter-Rudolf Zolt



Mehr Demokratie wagen: Energieversorgung in städtische Hand

Von Harald Wolf, Sprecher für Energie- und Verkehrspolitik der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus



Nachdem im letzten Jahr die erste Hürde genommen wurde, begann der Berliner Energietisch am ersten Februarwochenende die zweite Phase des Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“. Durch die Übernahme der Stromnetze in die öffentliche Hand und den Aufbau eines städtischen Energieerzeugers soll die Energieversorgung wieder zur kommunalen Aufgabe werden. DIE LINKE hat das Volksbegehren von Anfang an unterstützt und wird alles dafür tun, dass auch die zweite Stufe ein Erfolg wird. 200 000 Unterschriften müssen gesammelt werden, um die dritte Stufe – den Volksentscheid – zu erreichen. Ein ambitioniertes, aber erreichbares Ziel.

Die Erfahrungen mit den Privatisierungen der Energie- und Wasserversorgung in den 90er Jahren haben gezeigt: Die Leistungen für die Kunden sind nicht besser geworden, die Preise kontinuierlich gestiegen. Statt mehr Wettbewerb haben die vier Großen – RWE, EnBW, Eon und Vattenfall – den Strommarkt unter sich aufgeteilt. Und statt eine ökologische Energieversorgung voranzutreiben, hat Vattenfall unsichere Atomkraftwerke bis zu ihrer verordneten Stilllegung betrieben und baut weiter auf die umweltschädliche Braunkohle. Das alles sind gute Gründe, die Stromnetze wieder in städtisches Eigentum zu übernehmen. Die Gewinne aus dem Netzbetrieb gehören nicht nach Schweden, sondern sollten genutzt werden, um mit einem Stadtwerk bezahlbare und

Screenshot aus dem Info-Video des Berliner Energietisches (berliner-energetisch.net)

ökologische Energieerzeugung für Berlin zu betreiben.

Energienetze und ein Stadtwerk in kommunaler Hand, das ist auch ein wichtiger Schritt zu mehr Demokratie. Vattenfall ist nicht den Berlinerinnen und Berlinern verantwortlich, sondern allein dem schwedischen Eigentümer. Wir wollen, dass der Netzbetrieb und das künftige Stadtwerk demokratisch kontrolliert werden – vom Parlament und den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt. Das heißt: größtmögliche Transparenz, Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger – aber keine Geheimverträge.

Eon baut gegenwärtig tausende von Arbeitsplätzen ab, bei Vattenfall läuft die Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung in diesem Jahr aus. Ein städtischer Netzbetrieb und Energieversorger muss deshalb auch für sichere Arbeitsplätze und faire Arbeitsbedingungen stehen.

Machen wir also das Volksbegehren zu einem Erfolg. Machen wir deutlich, dass die Energieversorgung nicht länger von Profitinteressen bestimmt sein darf, sondern demokratisch kontrolliert, sozial und ökologisch sein muss. Und zeigen wir mit dem Volksbegehren, was Demokratie bedeutet: Politische Entscheidungen richten sich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und nicht einzelner Großkonzerne aus.

Berliner Energietisch

- **Oktober 2010:** attac Berlin AG Energie, BürgerBegehren Klimaschutz und Power Shift diskutieren Handlungsoptionen für die Energiewende.
- **November 2010 bis März 2011:** Die Initiative des späteren Energietisches diskutiert mit den Vertreter/-innen der Grünen, der SPD und der LINKEN.
- **Juli 2011:** Der Berliner Energietisch wird gegründet.
- **Januar 2012:** Der Gesetzentwurf zu dem Volksbegehren „Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial“ wird beschlossen.
- **Februar 2012:** Das Bündnis Berliner Energietisch wächst auf 25 Organisationen an.
- **Juni 2012:** Start der Unterschriftensammlung. Bis Ende Juni müssen mindestens 20 000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Die Oppositionsparteien im Abgeordnetenhaus stellen sich hinter das Anliegen des Volksbegehrens. Der SPD-Partei-tag beschließt, das Volksbegehren des Energietisches zu unterstützen.
- **Juli 2012:** Der Energietisch reicht 36 089 Unterschriften für die erste Stufe des Volksbegehrens ein. 30 660 sind gültig. Das Bündnis ist auf über 40 Organisationen angewachsen.
- **August 2012:** Der Berliner Senat erklärt das Volksbegehren des Berliner Energietisches für uneingeschränkt zulässig, lehnt aber den Gesetzentwurf ab und empfiehlt das auch dem Abgeordnetenhaus.
- **Dezember 2012:** Das Plenum des Berliner Energietisches beschließt einstimmig, ein Volksbegehren zu starten.
- **Januar 2013:** Der Berliner Energietisch beantragt offiziell die Durchführung des Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“.
- **Februar 2013:** 55 Organisationen gehören dem Bündnis an. Am 11. des Monats startet um Null Uhr die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren. Bis zum 10. Juni sollen 200 000 Unterschriften gesammelt werden. DIE LINKE setzt sich das Ziel, etwa ein Viertel dieser Unterschriften zu sammeln.



Bürgerhaushalt startet

Nach einem Jahr Pause startet der Lichtenberger Bürgerhaushalt wieder voll durch. Vorschläge können ganzjährig auf drei unterschiedlichen Wegen eingereicht werden:

- **1. schriftlich:** Dafür gibt es ein Vorschlagsblatt zum Ausfüllen. Dieses kann auf der Internetseite abgerufen werden, und es liegt z. B. in den Stadtteilzentren und Bürgerämtern aus. Natürlich kann jede und jeder Ideen formlos einreichen und an diese Adresse schicken: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Steuerungsdiens – Bürgerbeteiligung/Bürgerhaushalt, 10360 Berlin.
- **2. im Internetdialog:** Auf der Website www.buergerhaushalt-lichtenberg.de können ab sofort Vorschläge eingereicht werden. Die Seite wurde überarbeitet und ist nun noch moderner und einfacher zu handhaben. Mit ein paar Klicks ist alles erledigt. Einer der ersten Vorschläge lautet übrigens: Ampelanlage Waldowallee/Rheinsteinstraße. Alle Ideen können online eingesehen und kommentiert werden. Eine Karte hilft für die Orientierung.
- **3. im Dialog in den Stadtteilen:** Der stadtteilbezogene Dialog wird von den Stadtteilzentren und sozialen Treffs organisiert. Es werden Veranstaltungen in den Stadtteilen stattfinden, in denen man diskutieren und sich austauschen kann. Für Kinderbetreuung wird gesorgt. Ziel ist es, in den verschiedenen Versammlungen gemeinsam Vorschläge zu erarbeiten und zu qualifizieren.

Wichtig: Kontaktdaten angeben! Anonyme Vorschläge werden nicht diskutiert, weil damit der Austausch mit den Ideengebern unmöglich ist.

Alle Vorschläge werden im Begleitgremium Bürgerhaushalt mit den Einreichenden beraten. Dieses Gremium, in dem mehr Bürgerinnen und Bürger als Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung sitzen, trifft in Absprache mit der Fachverwaltung eine Entscheidung zum weiteren Umgang mit den Vorschlägen. So ist es möglich, dass der Vorschlag zum Kiezfonds weitergeleitet wird. Oder er kommt auf die Tagesordnung der BVV und wird schnell entschieden. Die dritte Variante ist, dass die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger aufgefordert werden, darüber abzustimmen, weil die Realisierung des Vorschlags größerer Finanzmittel bedarf. Und viertens ist der Bezirk vielleicht nicht zuständig und muss sich mit anderen Behörden auseinandersetzen.

Das alles passiert im Dialog, um dem Vorschlag eine bestmögliche Chance zur Umsetzung zu geben. Der Bearbeitungsstand wird immer aktuell nachvollziehbar sein. Also los geht's. Mischen Sie sich ein!

*Hendrikje Klein,
Sprecherin für Bürgerbeteiligung*

Eine Ehrung

Wer hat nicht schon alles über den Lichtenberger Bürgerhaushalt geredet, geschrieben, geurteilt und gelobt. Auch Einladungen zur Darstellung der Motive und der Aktivitäten gingen von der UNO bis zur Klein-

fraktion von Landstädtchen ein. Christina Emmrich sagte einmal, sie könnte dafür wochenlang unterwegs sein, was aber würde dann mit der Bürgermeisterei?

Und nun also auch die bedeutende bürgerschaftliche Theodor-Heuss-Stiftung, die ihr Augenmerk auf den Bürgerhaushalt richtet, getreu ihres Mottos: Wichtige politische und gesellschaftliche Entwicklungen sollen frühzeitig ins öffentliche Bewusstsein getragen werden. So gesehen ist es eine Würdigung der seit 2005 unternommenen Anstrengungen, einen Beitrag zu leisten, Demokratie wieder zu demokratisieren.

Viele Genossinnen und Genossen werden sich noch an die Anfänge erinnern, als wir 2003 in der Lichtenberger PDS die ersten Überlegungen anstellten, Bürgerkommune und Bürgerhaushalt ins politische Geschehen und ins Bewusstsein der Lichtenbergerinnen und Lichtenberger zu heben. Keine Frage, damals mussten einige zum Jagen getragen werden, die heute glühende Verfechter dieses Unterfangens sind und – was die Ehrung angeht – nun auch Nutznießer der linken Pionierarbeit.

Die Ehre sei jedem gegönnt, der ehrlichen Herzens zur Entgegennahme des Preises nach Stuttgart fährt. Es sei aber auch allen gedankt, die sich von Anfang an uneingeschränkt und mit hohem Einsatz für das Gelingen des Unternehmens stark gemacht haben. Darum ist zu hoffen, dass die kleine Pause der letzten Zeit nur eine Denkpause war und der Preis die Weiterentwicklung der bürgerschaftlichen Beteiligung beflügeln wird.

Jürgen Steinbrück

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

50 000 Unterschriften

... will die Berliner LINKE für den Energie-Volksentscheid sammeln. Unterzeichnet werden kann in allen Bürgerämtern. Unterschriftslisten und Infos gibt's im Rathaus und bei der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14 sowie Ahrenshooper Straße 5. www.berlin.de/ba-lichtenberg.de

Vielsprachiger Ratgeber

Bei Bürgerämtern und Migrantenvereinen gibt es jetzt den Lichtenberger „Ratgeber Gesundheit“ auf Vietnamesisch und Russisch. Er bündelt die gesundheitsspezifischen Angebote für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund.

Kontrollabbau

Von 15 auf 12 Kontrolleure wird jetzt die Lebensmittelaufsicht des Bezirkes reduziert. Damit beginnt die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Grünen den vom Senat verordneten Personalabbau von 274 Vollzeitstellen im Lichtenberger Bezirksamt. Die LINKE lehnt die Kürzungen ab.

Potenziale und Projekte

11 von 18 eingereichten Projekten, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihre „ästhetischen, intellektuellen und emotionalen Potenziale zu entfalten“, werden 2013 durch den „Lichtenberger Projektfonds Kulturelle Bildung“ mit 30 000 Euro gefördert.

Bauvorhaben

Elf neue Bauvorhaben sind im Februar im BVV-Ausschuss Ökologische Stadtentwicklung vorgestellt worden. Sie betreffen z. B. die Umnutzung eines Bürogebäudes in der Lichtenauer Straße 29–47 in ein Studentenwohnheim sowie den Neubau eines Wohnhauses in der Dottistraße 17.

Bahnkreuz

Erst nach der Umgestaltung des Wuhlheider Bahnkreuzes kann über die Machbarkeit der Lösungsvariante eines durchgängigen Trassenverlaufs entlang des Berliner Außenrings entschieden werden, so der Senat auf eine Anfrage der LINKEN.

„Ein himmelschreiendes Unrecht“

Seit 44 Jahren arbeitet die heute 59-jährige Simone S. (Name geändert) aus Hohenschönhausen als Friseurin bei einer großen Friseur-Kette. Zu DDR-Zeiten war ihr Beruf im Verhältnis zu anderen Berufen gut bezahlt. Der große Absturz kam mit der Wende. Seitdem hatte sie drei Arbeitgeber. Heute arbeitet sie für 3,67 Euro pro Stunde, 33 Stunden pro Woche bei einem Netto-Verdienst von 543 Euro. Ihr Mann, Peter S., jobbt neben der Rente. Mit ihm sprachen wir.

● **Sie haben sich auf eine Anzeige von Gesine Löttsch bei uns gemeldet, um aus Ihrem Leben zu erzählen. Warum?**

Frau Löttsch hatte vor Jahren für Mini-Jobber einen Bundestagsbesuch organisiert. Das Thema hat mich über Jahre bewegt und ich wollte es dann einfach mal erzählen. Sie brauchen doch diese Beispiele, um besser argumentieren zu können.

● **Ihre Frau arbeitet seit Jahren für einen niedrigen Lohn ...**

Ja, aber trotz des niedrigen Einkommens mag sie ihre Arbeit. Das ist aber sicher eine Ausnahme, auch angesichts vieler Beschwerden, die sie aufgrund eines künstlichen Hüftgelenkes vor allem bei der Arbeit hat. Was uns wirklich aufgeregt hat, war allerdings Folgendes: Im letzten Jahr war sie wegen ihres Daumens sechs Wochen lang krank geschrieben. Die Firma deutete ihr gegenüber an, dass eine lange Krankheit zur Kürzung ihres Urlaubs führen kann.

● **Sie selbst arbeiten als Rentner noch bei einem Wachdienst.**

Ja, dort habe ich 2006 als geringfügig Beschäftigter für 5,50 Euro pro Stunde angefangen, jetzt verdiene ich 7,50 Euro pro Stunde und arbeite neben der Rente 55 Stunden im Monat. Vieles ist teurer geworden. Ohne den Nebenverdienst wäre es viel schwerer. Die letzten 15 Jahre war ich immer geringfügig beschäftigt. Ich habe nach der Wende noch bis 1995 als Bauingenieur gearbeitet, aber danach in meinem Beruf nichts mehr gefunden.

● **Wie geht es Ihnen heute?**

Vor meinem Renteneintritt hat es sogar manchmal nicht für die Miete gereicht. Bei der Howoge bat ich um Aussetzung. Mehr als zehn Jahre hatten wir nur Minus auf dem Konto. In dieser Zeit konnten wir uns gar nichts leisten. Ich konnte mir voriges Jahr keine neue Brille kaufen. Meine Sehstärke hatte sich verändert und beim Job-Center wurde mir dafür nicht einmal ein zinsloses Darlehen gewährt.

● **Und mit dem Job-Center gab es aber noch weiteren Ärger ...**

Richtig. 2007 erhielt meine Frau drei Gehälter aus der Insolvenzmasse ihres alten Betriebes. Für einen Monat bekam sie deshalb gar kein Geld vom Job-Center. Doch das, was sie aus der Insolvenz-Masse bekam, war ihr Gehalt für das Jahr 2002. Die Verrechnung des Insolvenzgeldes mit ALG II ist ein himmelschreiendes Unrecht, das oft einfach so hingenommen wird. Wir haben dagegen geklagt und ein Urteil steht bis heute noch aus.

Norman Wolf

Altersarmut steigt: Das Statistische Bundesamt hat festgestellt, dass 2010 mehr als ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten weniger als 2500 Euro brutto im Monat verdienen. Sie alle werden nach 35 Jahren Arbeit weniger Rente als die Grundsicherung von 688 Euro erhalten. Das heißt konkret: Mit dem Tag des Renteneintritts müssen sie den Gang zum Sozialamt antreten. (Quelle: Bundesarbeitsministerium)

Monatslohn (brutto, Euro)	1 900 Euro	2 100 Euro	2 300 Euro	2 500 Euro	2 700 Euro	2 900 Euro
Nettorente ab 2030 (bei 43%)						
in 35 Jahren	523,00	578,05	633,10	688,16	743,21	798,26
in 40 Jahren	597,71	660,63	723,55	786,46	849,38	912,30
Nettorente 2013 (bei 51%,						
in 35 Jahren	620,30	685,60	750,89	816,19	881,48	946,77
in 40 Jahren	708,92	783,54	858,16	932,78	1 007,41	1 082,03

Veranstaltungen

- **Dienstag, 19.3., 18 Uhr**
Bürgerforum zu Wahlkampfthemen der LINKEN, mit Gesine Löttsch; Sporthalle Anton-Saefkow-Platz
- **Dienstag, 19.3., 18 Uhr**
Bürgerforum zum Energie-Volksbegehren, mit Harald Wolf (DIE LINKE) und Michael Esler (Energietisch); Bernhard-Grzimek-Schule, Sewanstraße 184
- **Dienstag, 19.3., 19 Uhr ***
Tagung des Geschäftsführenden Vorstands der Lichtenberger LINKEN
- **Mittwoch, 20.3., 18 Uhr ***
Mieterberatung mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel und Dr. Lilo Bertermann
- **Donnerstag, 21.3., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Donnerstag, 21.3., 17 Uhr ***
AG Politische Bildung
- **Donnerstag, 21.3., 18 Uhr ***
Das Wahlprogramm der LINKEN zu den Bundestagswahlen, mit Jan Marose
- **Freitag, 22.3., 18 Uhr**
Reihe „geDRUCKtes“: „Mein Koffer in Berlin oder das Märchen von der Wende“, mit Cox Habbema und Gesine Löttsch, Karl-Liebke-Haus, Kleine Alexanderstraße 28
- **Montag, 25.3., 19 Uhr ***
BV-Tagung
- **Dienstag, 2.4., 19 Uhr ***
Tagung des Geschäftsführenden Vorstands der Lichtenberger LINKEN
- **Montag, 8.4., 10 Uhr**
Infostand der LINKEN; U-Bhf. Tierpark
- **Montag, 8.4., 19 Uhr ***
BV-Tagung
- **Dienstag, 9.4., 16 Uhr ***
Tagung des Wahlkampfstabes
- **Freitag, 12.4., 10 Uhr**
Infostand der LINKEN; Wochenmarkt Karlshorst, Treskowallee

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

Cuba Sí sucht Helfer

Neben der Kampagne „Milch für Kubas Kinder“ schickt die AG Cuba Sí jedes Jahr mehrere Solidaritätscontainer mit materiellen Spenden nach Kuba. Für die Arbeit in unserem Spendenlager benötigen wir Helfer (ca. zwei Vormittage pro Monat). Kontakt: Telefon 24 009 455 oder Mail berlin@cuba-si.org.

Deutliches Votum für unsere Kandidaten

Bericht über den Landesparteitag und die Landesvertreter/-innen-Versammlung am 23. Februar 2013 von Evrim Sommer, Bezirksvorsitzende der LINKEN, Lichtenberg



Am 23. Februar fand die 2. Tagung des 4. Landesparteitags sowie die Landesvertreter/-innen-Versammlung der Partei DIE LINKE in der Jerusalemkirche in Berlin-Kreuzberg statt. Der Veranstaltungsort war ungewöhnlich: ein moderner Kirchenbau, der dennoch eine symbolische Bedeutung hat. Die neue Jerusalemkirche wurde unweit der im Krieg zerstörten alten Kirche errichtet, auf dessen Boden heute das Axel-Springer-Haus steht. Der neue Kirchenbau trotz dem Springer Verlag, der sich bis heute weigert, Anzeigen der LINKEN zu veröffentlichen.

Die Veranstaltung war eine Kombination aus einem Landesparteitag und einer Vertreter/-innen-Versammlung. Besonders bedeutsam war letztere. Die Vertreterinnen und Vertreter hatten die Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zu wählen.

Den Auftakt der Veranstaltung machten die Parteivorsitzende Katja Kipping und Gregor Gysi mit besonders guten Reden. Katja positionierte unsere Partei klar als die Interessenvertretung der Ostdeutschen. Zwar sind wir eine gesamtdeutsche Partei, aber viele Probleme der Ostdeutschen rührten von einer sozialen Schieflage in Deutschland her. Und so forderte sie, die Ost-Renten endlich an das West-Niveau anzugleichen.

In ihrer Rede gab sie auch Gregor Gysi die volle Rückendeckung der Partei. Die haltlosen Anschuldigungen, die immer wieder vor Wahlen erhoben werden, würden keinen Erfolg haben. Im Gegenteil: Sie stärkten den inneren Halt in unserer Partei.

Die beiden Bezirksvorsitzenden der Lichtenberger LINKEN, Evrim Sommer und Michael Grunst, auf dem Landesparteitag

Im Anschluss sprach Gregor Gysi und erteilte dabei sehr viel Beifall. Er ging auf die Vorwürfe gegen ihn ein und wies sie entschieden zurück. Die Medien sollten, statt ihm eine absurde Kooperation mit der Stasi zu unterstellen, endlich der Realität ins Auge sehen. Sie müssten sein Engagement für Dissidenten würdigen, statt ihn immer nur zu diffamieren. Immerhin war er es, der als Anwalt Freisprüche für Robert Havemann und Rudolf Bahro gefordert hatte.

Nach den Reden, beschloss der Landesparteitag, das Volksbegehren des Berliner Energietischs kraftvoll zu unterstützen, beim Nachtflugverbot dem Beispiel Brandenburgs zu folgen und auch am 1. Mai in Berlin wieder Nazis zu blockieren.

Anschließend fand die Landesvertreter/-innen-Versammlung zur Aufstellung der Bewerber/-innen für die Bundestagswahlen 2013 statt. Der Listenvorschlag des Landesvorstandes schlug ein Spitzenteam vor, das mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde. So votierten 94 Prozent der Delegierten für Gregor Gysi als Spitzenkandidaten und bekräftigten damit ihre Unterstützung für ihn. 83 Prozent wählten Petra Pau auf den zweiten Platz, Gesine Lötzsch mit 88 Prozent auf den dritten und Stefan Liebich mit 69 Prozent auf den vierten. Die Liste umfasste zehn Kandidaten – sicher ist sicher.

In ihrer Rede umriss Gesine Lötzsch die Grundpositionen unserer Partei im Wahlkampf 2013. DIE LINKE ist gegen jeden Krieg, und Waffenexporte müssen verboten werden. Man muss von seiner Arbeit leben können, und deshalb brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und nicht weniger, sagte sie. Hartz IV muss abgewickelt werden. Die Gesundheit der Menschen darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Sie erinnerte aber auch daran, dass die Abschaffung der Praxisgebühr eine unserer zentralen Forderungen war. Die Abschaffung sei, so sagte sie, unser Erfolg.

Die Delegierten aus Lichtenberg demonstrierten ihre uneingeschränkte Unterstützung für Gesine und sorgten damit auch für das zweitbeste Wahlergebnis eines Spitzenkandidaten. Das hat einen guten Grund: Denn Gesine ist untrennbar mit unserem Bezirk verbunden. Sie ist eine Politikerin, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes wie niemand sonst versteht und vertritt. Ihr Motto „direkt gewählt – direkt erreichbar“ ist nicht nur ein Slogan, sondern charakterisiert ihre Arbeit.

Die Landesvertreter/-innen-Versammlung war ein solider Auftakt in den Wahlkampf. Nun müssen wir alles tun, um die Ergebnisse der letzten Wahl zu verteidigen – oder auszubauen.

Deutschland braucht eine starke LINKE im Bundestag, denn sie ist der wichtigste politische Impulsgeber in diesem Land!

Bürgersprechstunden

- **Evrim Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, Dienstag, 26.3., 17 Uhr, Wartenberger Hof, Woldeckstraße 5
- **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach telefonischer Vereinbarung
- **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, Mittwoch, 10.4., 17 Uhr, LiBeZem, Rhinstraße 9
- **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0157/83 55 81 39, Donnerstag, 28.3., 17 Uhr, UNDINE, Hagenstraße 57
- **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, nach Vereinbarung
- **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, 26.3., 16 Uhr, KULT-schule, Sewanstraße 43, Wir kommen auch gern zu BO- oder Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Sprechen und zuhören

Von Dr. Gesine Lötzsch, MdB

Im Bundestag wurde über den 4. Armuts- und Reichtumsbericht debattiert. Im ersten Entwurf stand der Satz „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“. Er stieß auf Widerstand der FDP. In der Debatte wetterte Sigmar Gabriel heftig gegen Niedriglöhne. Ein Genosse sagte, jetzt nimmt er uns wieder die Themen weg. Diese Sorge habe ich nicht.

Denn noch ist der gesetzliche Mindestlohn nicht eingeführt, die Rentenmauer zwischen Ost und West nicht beseitigt. Noch sind deutsche Soldaten in der ganzen Welt im Kriegseinsatz. Wer das ändern will, muss DIE LINKE unterstützen und wählen!

Glaubt nicht dem Gerede vom Lagerwahlkampf von SPD/Grüne gegen CDU/FDP. Es gibt keine Lager. Was sollen das für Lager sein, die nach der Bundestagswahl sofort bereit sind, sich rückstandslos aufzulösen und absurde Koalitionen zu bilden? Manch FDP-Politiker träumt ja sogar von einer Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Was soll denn dann gelten? Erinnert euch daran, was Franz Müntefering (SPD) gesagt hat: Es sei unfair, Politiker nach der Wahl an ihren Wahlversprechen zu messen. Woran soll man sie denn sonst messen?

Wir wollen sehr konkrete Ziele erreichen: Frieden, Mindestlohn, Mindestrente, bezahlbare Mieten und Strompreise. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft. Und für diese Ziele kämpfen wir so lange, bis wir sie erreicht haben. Unsere Wählerinnen und Wähler wollen, dass wir unsere Wahlversprechen erfüllen.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar über das

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de
- **Sprechstunde:** Mittwoch, 10. April, 17 Uhr, im Bürgerbüro (Bitte zur Sprechstunde anmelden!)

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



Gesine Lötzsch

2003 wurde die Praxisgebühr von SPD, Grünen, CDU und CSU beschlossen. Am Tag des Inkrafttretens war ich damals mit Lothar Bisky vor einer Lichtenberger Poliklinik und habe Unterschriften gegen die Praxisgebühr gesammelt. Zehn Jahre hat es gedauert bis sie wieder abgeschafft wurde. Das ist auch unser Erfolg! Wir bringen die Probleme der Menschen ans Tageslicht. Wenn dann andere Parteien sich gezwungen sehen, diese Probleme aufzugreifen, dann ist das gut. Denn so funktioniert DIE LINKE.

Ab und zu ist die Regierung gezwungen, unsere Forderungen aufzugreifen. Die Regierung hat eine Perfektion im Ausblenden von Problemen entwickelt. Wie sehr unsere Gesellschaft gespalten und wie sehr das Eigentum ungerecht verteilt ist, bekommen nur die wirklich schmerzhaft mit, die kein Eigentum haben und am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben können. Die Regierung hat einen ganzen Teil der Gesellschaft einfach ausgeblendet. Armut soll nach dem Willen der Bundesregierung unsichtbar werden. Ganze Arbeitslosengruppen werden in offiziellen Statistiken nicht erfasst. Wer die Spaltung der Gesellschaft anspricht, der soll gleich mit ausgeblendet werden.

Wenn wir jetzt in den Wahlkampf ziehen, dann brauchen wir viele gute Ideen. Im Internet sprechen wir von „Web 2.0“. Das bedeutet: kein Frontalunterricht, sondern gleichberechtigte Kommunikation. Wir brauchen auch ein Konzept „Straße 2.0“. Es geht nicht darum, wer das meiste Wahlmaterial verteilt, sondern darum, mit den Menschen zu sprechen und ihnen zuzuhören.

(Auszug aus der Bewerbungsrede von Gesine Lötzsch für die Berliner Landesliste zur Bundestagswahl. Sie wurde mit 88,14 Prozent auf Platz 3 gewählt.)

Zahl des Monats: 1352,79

So viele Euros hat sich der Vizepräsident der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben – kurz BDBOS – seinen neuen Bürostuhl kosten lassen.

Das mag für einen Vizepräsidenten eines prosperierenden Unternehmens oder eines Landes eine durchaus angemessene Anschaffung sein.

Für den Vizepräsidenten des BDBOS ist sie es nicht. Der Bundesrechnungshof mahnte nicht nur die viel zu hohen Ausgaben für die Einrichtung der Büros des Präsidenten und seines Vizes an, sondern auch den lockeren Umgang mit Steuergeldern beim Fuhrpark des Leitungspersonals des BDBOS.

2007 hat die Anstalt ihre Arbeit aufgenommen, um den Digitalfunk für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste einzurichten. Seitdem ist wenig geschehen. Als im Februar 2010 der Haushaltsausschuss mit den Stimmen der LINKEN Mittel sperrte, weil deutlich wurde, dass die Kosten des Projekts explodieren und die Einführung sich um Jahre verzögern würde, konnte man nur erahnen, welche Wirkung das auf die Leitungsebene des BDBOS hatte.

Was wir allerdings Dank einer Berichtsanforderung von Gesine Lötzsch wissen, ist, dass für den Präsidenten und seinen Stellvertreter im Folgemonat ein neues Fahrzeug geleast wurde. War es bis dahin ein BMW X5 in edler „Leder-Nevada-Tabak“-Ausführung mit 235 PS und einem Panoramaglasdach, gönnte man sich nach den schlechten Nachrichten aus dem Haushaltsausschuss einen Mercedes E300. Nach einem Jahr hatte er eine Laufleistung von lediglich 12.000 Kilometern, weil er vornehmlich für „Kurzstreckenfahrten im Stadtverkehr“ genutzt wurde, wie der Rechnungshof berichtete. Und so richtig scheint er auch nicht überzeugt zu haben. Denn nur vier Monate nach seiner Jungfernfahrt wurde ihm wieder ein BMW X5 an die Seite gestellt.

Sollte der Digitalfunk nun endlich im Jahr 2014 eingeführt werden – dafür spricht derzeit wenig – wäre das acht Jahre nach seinem geplanten Start.

Damit reiht sich der Digitalfunk in die Kette von Misserfolgs-Projekten ein, in der schon Projekte wie Transrapid und Maut, Galileo und HERKULES oder Stuttgart 21 und der BBI stehen. Dr. Gesine Lötzsch, MdB



Rettet die „Linse“

Für den Erhalt der bunten, selbstbestimmten Jugendkultur in Lichtenberg

Der Jugendklub „Linse“, eine mehr als 30 Jahre alte kulturelle Institution in Lichtenberg, steht vor dem Ende. 1980 wurde die „Linse“ im neuen Wohngebiet Friedrichsfelde-Ost in einem Dienstleistungswürfel eröffnet. Ab 1986 traten in diesem Klub viele Bands aus der alternativen Musikszene der DDR auf, die kaum im Radio zu hören waren. Durch außergewöhnliche Konzerte erreichte der Klub Ende der 1980er Jahre Kultstatus.

1990 sollte die „Linse“ geschlossen werden, doch da wurde sie durch die Jugendlichen besetzt, und dann ging es doch weiter. Durch die Gründung eines Fördervereins gelang es, eine Infrastruktur, insbesondere für Proben und Auftritte, zu schaffen. In dieser Zeit entwickelte sich die „Linse“ zu einem Treffpunkt selbst organisierter und offener Jugendkultur, einzigartig in Lichtenberg. 2004 zog der Klub in das Kantinegebäude am „Caroussel Theater“ um.

Der Klub verfügte über jahrzehntelange Erfahrungen in der Arbeit mit jungen Menschen, die ihre kulturellen Freiräume selbst gestalten wollten. So wurde in Zusammenarbeit von Jugendlichen, Mitarbeitenden und dem Jugendamt des Bezirkes Lichtenberg ein Konzept erarbeitet, auf dessen Basis die „Linse“ zum 1. Januar 2012 ein offizielles Jugendkulturzentrums wurde in der Trägerschaft der Sozialdiakonischen Jugendarbeit Lichtenberg e. V. (SozDia).

Damit entstand schnell ein neues Problem: Zwar wirkte die SozDia beim Ausbau des leeren Gebäudes an der Parkaue kompetent mit, jedoch besitzt sie keinerlei Erfahrungen in partizipativer Jugendkulturarbeit.

Doch die Mitarbeit der Jugendlichen war immer das Fundament der erfolgreichen Jugendarbeit der „Linse“. Deshalb fordern sie jetzt ihr Recht auf Mitbestimmung ein, doch

bislang ohne Erfolg. Obwohl sie 30 Prozent der Angebote der Jugendarbeit ehrenamtlich machen sollen, verwehrt ihnen die SozDia ein gleichberechtigtes Mitspracherecht an den Inhalten und bei der Ausgestaltung des Programms. Im Oktober 2012 eskalierte der Konflikt. Der langjährige Klubleiter Gerd Bergmann wurde aus seinem Amt gedrängt und erhielt von der SozDia Hausverbot. Bald mussten weitere Mitarbeitende gehen.

Inzwischen drehen immer mehr Jugendliche dem Projekt den Rücken. „Die Jugendlichen werden alleingelassen und müssen sich auf höchster Ebene mit der SozDia auseinandersetzen. Es gibt keine Ansprechpartner mehr. Die hat die SozDia entfernt“, sagt dazu der ehemalige Klubleiter Gerd Bergmann. Offensichtlich hat der neue Träger kein Interesse an der Weiterführung der selbstbestimmten und aktiven Jugendkulturarbeit, sondern strebt deren Kommerzialisierung an. Ähnlich verhält sich die SozDia, die kräftig expandiert, auch in anderen Projekten. In Lichtenberg hat sie mittlerweile eine Art Monopolstellung. Die Verantwortung für diese Zerstörung der kulturellen Vielfalt trägt vor allem der Geschäftsführer der SozDia, Michael Heinisch, der zugleich Fraktionsvorsitzender der Grünen in der Lichtenberger BVV ist.

Die Jugendlichen fordern für den Erhalt ihres bislang so erfolgreichen Jugendkulturprojekts einen Trägerwechsel. „Die Linse war, ist und wird nie SozDia!“, erklären sie. Unterstützung kommt auch von den LINKEN: „Die Linse muss in ihrer Form erhalten bleiben! Die Jugendlichen verdienen unsere volle Unterstützung. Der Klub muss einem anderen Träger übergeben werden“, erklärt Michael Grunst, BVV-Mitglied und Bezirksvorsitzender der Partei. Sonst werde die „neue Linse“ bald ein Jugendklub ohne Jugendliche sein und damit ein weißer Fleck in der sonst so reichen Kulturlandschaft Lichtenbergs. *Dr. Robert Sommer*

Kultur im Bezirk

- **Dienstag, 19.3., 19 Uhr**
„Von links nach quer gelacht“, ein Kabarett mit Ingolf Alwert und Ute Knorr, am Klavier Dirk Morgenstern; Das Zimmertheater im Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 8/6 €
- **Mittwoch, 20.3., 19 Uhr**
„Moskauer Nächte“, Konzert mit Umas Pevgonen (Knopfakkordeon); Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149, Eintritt: 4/3 €
- **Donnerstag, 21.3., 11 Uhr**
„Brunch im Kiez“, mit Ostermarkt; Seniorenbegegnungsstätte „Neustrelitzer Treff“, Neustrelitzer Straße 63
- **Samstag, 23.3., 19 Uhr**
„Black Heritage“, afrikanische und kubanische Rhythmen, Blues, Reggae, Soul, Jazz, Gospel, Rap; Jazz Treff Karlshorst e. V., Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 9 €
- **Sonntag, 24.3., 16 Uhr**
„Junge, schick die Wäsche! – oder: Die große Freiheit ist es nicht geworden“, ein Erich-Kästner-Programm im Zimmertheater, Sewanstraße 43, Eintritt: 8/6 €
- **Dienstag, 26.3., 18 Uhr**
Mozart-Abend auf Schloss Friedrichsfelde; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125, Infotelefon: 51 53 14 07
- **Samstag, 6.4., 19 Uhr**
Premiere: „Nachtgekniester“, von Mike Kenny (Deutschen Kindertheaterpreis 2012); Theater an der Paukaue
- **Ausstellungen**
→ „Das ist unser Alltag – Bilder von und mit palästinensischen Kindern“, Zeichnungen und Fotografien palästinensischer Kinder; Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9, noch bis 5.5.
→ „Kunst erlesen“, 14. Ausstellung der besten künstlerischen Arbeiten aller Klassen des Manfred-von-Ardenne-Gymnasiums aus dem Schuljahr 2012/2013, Vernissage: Donnerstag, 14.3., 16 Uhr; Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 2
→ „Berliner Häuser Flucht 6“, Berlin- und Stadtmontagen von Stefan Paubel, Ausstellungseröffnung: Freitag, 15.3., 19 Uhr; Stadthaus Lichtenberg, Türschmidtstraße 24
→ Malerei und Grafik von Michael Hege-wald, Ausstellungseröffnung: 27.3., 19 Uhr; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, noch bis 12.5.

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Wolfgang Schmidt

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 2/13: 8.3.2013

Die nächste Ausgabe erscheint am 11.4.2013

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 28.3.2013

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.